

10. Jahrgang Nr. 38.

Danzig, den 26. August 1939.

Inhaltsverzeichnis.

Der "Danziger Pressedienst" umfasst heute 25 Seiten. Er enthält folgende Beiträge:

Politik: (gelb)

"Noch ist Polen nicht verloren."

Pferdekur mit Danzig.

Erzwungene Liebe zum Meer.

Der Raub Danzigs und das polnische Programm.
Von Professor Dr. Friedrich Grimm.

Polen - die wirkliche Gefahr des europäischen Friedens.
England warnt vor Bindungen im Osten.

Polen bedroht die dänische Schifffahrt.

Feuilleton: (blau)

Das Kleeblatt von Danzig.

Heubuder Gemäldegalerie.
Wenn ich Maler wäre.

Besprechungen: (rot)

Der Deutsche im Osten.

"Noch ist Polen nicht verloren"

Der schwedische Historiker Axel Lundatrom, der sich eingehend mit der Geschichte Polens beschäftigt hat, stellt uns folgende interessante Ausführungen zur Verfügung.

Die Geschichte Polens ist die Geschichte eines Volkes, das jede grosse Chance in allen Jahrhunderten immer nur kurze Zeit festzuhalten vermochte, weil jeder Erfolg die Polen zur Masslosigkeit verführte, weil sie im Innern zerrissen und unzulänglich waren und weil sie stets alle Türen für die Einmischung des Auslandes öffneten. Die Polen scheinen dazu prädestiniert, immer von einer fremden Macht garantiert zu werden.

In einer Zeit, in der weder Frankreich, England noch Russland Grosstaaten waren, um das Jahr 1000 unserer Zeitrechnung, unter dem ersten Polenkönig Boleslaw Chrobry, bestand ein umfangreicher polnischer Staat, der allerdings manche Gebiete ebenso schnell verlor, wie er sie gewonnen hatte, so u.a. Böhmen und Mähren. Er hatte zeitweise Einfluss von der Ostsee bis nach Kiew. In den folgenden Jahrhunderten trat Polens führende Rolle unter den slawischen Stämmen zurück hinter der Rolle Böhmens, weil dieses stets seine Zugehörigkeit zum Deutschen Reich anerkannte und daraus grosse Vorteile zog. Der letzte der Piasten Kasimir der Grosse (1333 bis 1370), förderte die deutschen Städtegründungen und herrschte über einen Einheitsstaat, der sich bis zur Ukraine ausdehnte. Sein Nachfolger war bereits ein Fremder, sein Neffe Ludwig von Anjou, der gleichzeitig König von Ungarn war. Um die Erbfolge seiner Tochter zu sichern, verlieh dieser im "Kaschauer Privileg" dem Adel Steuerfreiheit. Hieraus haben sich die merkwürdigen Vorrechte des polnischen Adels entwickelt, "die später zur Grundursache für den Untergang Polens wurden". Zum Dank wurde zwar seine Tochter Hedwig zum "König von Polen" gewählt, aber sie wurde gezwungen, den Grossfürsten von Litauen, Jagello, zu heiraten, der sich erst wegen dieser Heirat taufen liess.

Diese litauische Dynastie der Jagellonen hat dann in Polen zwei Jahrhunderte regiert (1386-1572). Ihr Reich reichte mit wechselnden Grenzen von der Warthe bis zum Schwarzen Meer, drang nach der Schlacht

bei Wannenbergr (1410) bis an die Ostsee vor und griff im Osten bis in die Gegend von Moskau.

Nach dem Aussterben der Jagellonen (1572) wurde Polen Wahlkönigtum und seitdem hörten innere Machtkämpfe, Bestechung und Einnischung des Auslandes nicht mehr auf. Da die Stimmen des Adels bei der Königswahl entschieden, versank das polnische Königtum ihm gegenüber in Machtlosigkeit. Der Stimmenkauf und die ständige Erweiterung der Adelsrechte bei jeder Königswahl wurden Staatsprinzip.

Nach den Jagellonen kam eine andere, aber wieder eine fremde Dynastie zur Herrschaft: Unter dem katholischen Zweig der schwedischen Wasa, seit 1587, hoffte Polen, der dynastischen Kabinettpolitik der Zeit entsprechend zu der eigenen Macht noch die schwedische Krone erwerben zu können und griff sogar nach der Zarenkrone in Moskau. Die Unterstützung des falschen Demetrius, dessen polnische Umgebung in Moskau herrschte, endete in Blut. Ebenso gelang es Gustav Adolf von Schweden, die polnischen Machträume zurückzudrängen. Polen wurde von der Ostsee zurückgeschoben, und Schweden wurde die Vormacht des baltischen Meeres. Der zweite polnische Wasa plante einen grossen Kampf gegen die Türken, aber der Adel, die Schlachta versagte sich ihm, nicht zuletzt aus Eifersucht auf die damals im polnischen Herrschaftsgebiet bevorzugten Kosaken. Ein Aufstand der Kosaken war die Folge. In der Schlacht bei Korsun (1648) wurde die Blüte der polnischen Ritterschaft im Bürgerkrieg vernichtet. Von da an blieb der polnische Staat zerrüttet und fortan suchte jede der einzelnen Gruppen Hilfe bei ausländischen Mächten. 1654 fiel ein grosser Teil bisher polnischer Gebiete dank dieser Zustände an Russland zurück, und im Kriege gegen Schweden eroberten diese Warschau und Krakau und besetzten weite Teile Polens.

Nach langen Kämpfen, in denen das polnische Volk für die Mängel seiner Führung blutete, kam es zum Frieden von Oliva 1660, der die polnische Grossmachtstellung beendete. 1668 legte der letzte polnische Wasa, Johann Kasimir enttäuscht die Krone nieder.

Polen ging den Weg zur staatlichen Auflösung folgerichtig weiter. Der polnische Adel sah nur seine "Freiheiten". Eifersüchtig untereinander, konnte man sich nicht entschliessen, einen einheimischen Adelsgenossen zum König zu wählen, daher kamen als Bewerber seit der Einrichtung des Wahlkönigtums fast immer nur ausländische Prinzen in Betracht. Das hatte zur Folge, dass der Einfluss ausländischen Geldes sich überall einnistete, und dass schliesslich der ganze Staat nicht

mehr polnischen sondern ausländischen Interessen diene.

Wesentlich ist, dass das polnische Bauerntum niemals etwas zu sagen hatte, und dass Polen ein nationales Bürgertum in den Jahrhunderten seiner staatlichen Macht nicht besass.

Nach dem Thronverzicht des letzten Wasa begann die letzte Periode des polnischen Verfalls. Nur ein einziges Mal noch konnte Polen seinen Namen mit Ruhm bedecken: als der aus polnischem Blute stammende König Johann Sobieski an der Befreiung Wiens von den Türken im Jahre 1683 wesentlichen Anteil hatte. Nach seinem Tode bewarben sich ein Dutzend Kandidaten um die Krone. Schliesslich schwankte die Wahl zwischen einem Franzosen und dem Sachsenfürsten August dem Starken. Sie wurde durch einen Wettlauf der Bestechungsgelder entschieden. August der Starke zählte seine Regierungszeit von 1697 bis 1733. Er wurde aber während dieser Zeit, im Jahre 1704, durch Karl XII. von Schweden abgesetzt und musste sich nach Dresden zurückziehen. Der Schwedenkönig machte Leszynski zum Polenkönig. Aber gegen diesen rief wiederum ein Teil der Polen die Russen zu Hilfe, in dem sie ihnen das ganze Land auslieferten. Nach der Niederlage Karls XII. bei Poltawa gegenüber Peter dem Grossen (1709) nahm August von Sachsen den Thron wieder ein.

Der letzte Polenkönig Poniatowski wurde auf russischen Befehl gewählt, und zwar (1764) auf Befehl der grossen Katharina, deren Geliebter er gewesen war. Bürgerkriege schlossen sich an, und die Folge waren die Teilungen Polen in den Jahren 1772, 1793, 1795 und 1815, als der Hauptteil an Russland kam, daher der Name Kongresspolen.

Im Volk lebte der polnische Gedanke weiter und machte sich in verschiedenen Aufständen im Laufe des 19. Jahrhunderts Luft. Aber die Aufteilung des Gebietes unter russische, habsburgische und preussische Herrschaft hatte bis 1916 zur Folge, dass drei ^{nach} Kultur, Lebensstandard und Art verschiedene Teile sich auseinanderlebten. Im genannten Jahre stellten die Mittelmächte Polen wieder her, und 1918 trat dann der neue polnische Staat als Republik ins Leben, dessen Entstehungsgeschichte wir erlebt haben und dessen Ansprüche, genährt an historischen Träumen und durch die Garantie Englands, heute den Frieden Europas gefährden.

Dieser kurze Blick in die polnische Geschichte erklärt manche Rätsel der polnischen Seele, die ja eine slawische Seele ist, mit himmelstürmenden Hoffnungen und abgrundtiefen Depressionen. In der polnischen Seele von heute scheinen sozusagen drei ungleiche Schichten polnischer Erbmasse übereinander zu liegen: als Fundament die gefühlsmässige Erinnerung an die Zeiten der polnischen Grossmacht, da ein König von Polen am goldenen Tor von Kiew sein Schwert scharf schlug und Polen in ständigen Kriegen überall nach fremdem Eigentum griff. Darüber als zweite Schicht die Erlebniswelt der Generationen von 1790 bis 1918, eine Welt der Aufstände und der Verschwörungen. Über diese beiden Schichten lagert sich dann als dritte das Erlebnis der jüngsten Vergangenheit, das Polen Pilsudskis, der als einem Verschwörer gegen den Zaren der Neugründer eines Staates wurde, die Zusammenfügung Polens aus drei Teilen, der geglückte Raub deutscher und anderer Gebiete, der Aufbau einer eigenen Verwaltung und vor allem einer eigenen Armee nach über 100 Jahren, das "Wunder an der Weichsel", die Anerkennung als Grossmacht, die zugesagte Garantie Englands, Frankreichs und anderer Staaten.

10. Jahrgang Nr. 38

Danzig, den 26. August 1939.

Pferdekur mit Danzig.

Die halbamtliche "Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz" hat in den letzten Tagen im Ausland umlaufenden Gerücht über ein Kompromiss in der Danzig-Frage:

Im Ausland hat man jetzt endlich erkennen müssen, dass die unselige Garantie an Polen zu nichts anderem geführt hat, als die polnische Unnachgiebigkeit zu verhärten und das Danziger Problem schier unlösbar zu machen. Man hat aber ferner entdeckt, dass diese Nichtlösung in keiner Weise die Lage und damit den Frieden konsolidiert. Im Gegenteil, die konkreten Folgeerscheinungen sind: ultimative Drohungen Polens dem Danziger Senat gegenüber und ferner Verstärkung der Deutschenverfolgung auf polnischem Staatsgebiet. Das Ausland soll durch beschönigende Reden polnischer Staatsmänner weiter über die wahre Sachlage hinweggetäuscht werden. Dies geschieht einstweilen offenbar mit einer gewissen Aussicht auf Erfolg, da jenseits der Grenze Polens die wahren Geschehnisse ebenso wie die zahlreichen provozierenden und erobierungswütigen polnischen Reden und Schriften verborgen bleiben.

Jedenfalls hält man es in gewissen Ländern für angezeigt, gerade in diesem Augenblick einer festgefahrenen Situation von "Verhandlungen" zu sprechen. Dabei wagt man zu behaupten, dass Deutschland es sei, das das Bedürfnis hierzu verspüre, wobei gewissen, offenbar unter ganz anderen Voraussetzungen zustande gekommenen Besuchen eine dem wahren Sachverhalt völlig widersprechende Deutung unterschoben wird. Ja ein englisches Blatt brachte es fertig, bereits von dem Plan einer möglichen Aufteilung des Danziger Freistaates zwischen Deutschland und Polen zu sprechen! Ein Gedanke, der dem hundertfach ausgedrückten einheitlichen Selbstbestimmungswillen auch des letzten Dorfes im Freistaat Hohn spricht. Danzig ist kein Verhandlungsthema, es ist eine deutsche Stadt und hat das Recht es voll und ganz zu sein. Brutale Gewalt ist es aber, den eindeutigen Volkswillen zur Vereinigung mit dem Mutterlande mit Kriegsdrohungen niederhalten zu wollen.

Wie man sich übrigens solche "Konferenzen" in den Westländern denkt, zeigt ein aufschlussreicher Artikel der "Times". Nach einer mysteriösen Anspielung auf -nicht vorhandene - "Friedenspläne" der Achsenmächte, von denen aber - aus gutem Grund - in London nichts bekannt sei, gibt das englische Blatt sein Programm bekannt: Erst einmal Fertigstellung der militärischen Verteidigungsinstrumente der "Friedensfront" und dann ihre Bereitschaft, die Friedensbedingungen zu stellen, unter denen eine Regelung ausgehandelt werden könne. Zu diesem "positiven" Friedensprogramm gehören u.a. Rüstungsbegrenzung (offenbar nach Versailler Muster) und ferner Verzicht Deutschlands auf den Gedanken vom "Lebensraum", da dieser die Unterdrückung und Beraubung der Nachbarn bedeute.

Niemand in der Welt wird annehmen können, dass solche Sprache auch nur irgendwie eine Annäherung zu bewirken vermöchte. Im Gegenteil: Es muss deutlich daran erinnert werden, dass kein Deutscher Versailles vergessen hat, das auch nie wieder Ausgangspunkt für "Kompromisse" sein kann. Dagegen müssen diejenigen, die es angeht, auf jene Friedensgrundlage verwiesen werden, die sie selbst durch Annahme der Wilson'schen Punkte für sich aufgestellt und als Ausgangspunkt für die endgültige Regelung stipuliert hatten. Denn was dann folgte, war Betrug.

Angesichts jener Feindseligkeiten, der das Reich von seinen östlichen Nachbarn, dem es selbst zur Wiederherstellung seiner Existenz verholfen hat, in steigendem Masse begegnet, ist es auch Zeit, diesen Staat endlich daran zu erinnern, was ihm von Rechts wegen gebührt und was nicht.

Erzwungene Liebe zum Meer.

Die Verbindung von Wissenschaft und Politik ist in Polen eine alte Selbstverständlichkeit, über die niemand mehr redet. Die geradezu leidenschaftliche Politisierung der Professorenschaft erklärt sich jedoch nicht allein durch ihren Patriotismus, sondern auch durch die eigentümliche Lage, in der sich ein grosser Teil der Wissenschaftler befand.

Es ist bekannt, dass Abstammungspolen im wissenschaftlichen Leben des polnischen Volkes nur eine geringe Rolle spielen und spielten. Eine grosse Anzahl führender Wissenschaftler ist herkunftsmässig durch die jüdische Assimilation bedingt oder aber ganz oder zur Hälfte deutschen Blutes. Die Zahl der polonisierten Deutschstämmigen ist Legion.

Im 20. Jahrhundert hat sich diese Lage durch die massenweise Angleichung der jüdischen Intelligenz an das Polentum noch deutlicher ausgeprägt. Der Geograph Romer lieferte die Materialien für die "Friedens"-Konferenz in Paris, der Sprachforscher Nitsch die Argumente für die geforderte Ausbreitung des neuen Staates im Westen. Der jüdische Assimilant Askenazy schrieb die entscheidende Schrift "Polen und Danzig", von deren Behauptungen noch heute alle Zeitungen in ihrer Agitation leben.

Dieser grosse Einfluss des Assimilantentums erklärt, dass die polnische Wissenschaft etwas Krampfhaftes dort an sich hat, wo sie sich mit aussenpolitischen Fragen befasst. An keiner Stelle ist das deutlicher als bei den drei Instituten, die sich mit Westfragen befassen: beim Baltischen Institut in Gdingen, beim Westslawischen Institut steht das neue Südostinstitut, das im Frühjahr gegen die Westukraine in Posen und beim Schlesischen Institut in Kattowitz. Doch in Lemberg errichtet wurde, unter einem ähnlichen Gesetz. Freilich kam beim Baltischen Institut noch ein besonderer Umstand hinzu.

Noch Jahre nach der Staatsgründung stellten westpolnische Kreise fest dass man im Osten des eigenen Landes, ja sogar in Zentralpolen, den ganzen Korridor-Plänen zweifelnd gegenüberstand. Man erinnert sich, dass Pilsudski oft genug über die "Seekrankheit" der augenscheinlich

wenig hielt. Man wusste, dass Daszynski in der entscheidenden Sitzung des Wiener Polenklubs im Mai 1917 den "Ausgang zum Meere" so gedacht hatte, dass das zukünftige Polen durch die kanalisierte Weichsel einen Zugang über Danzig erhalten sollte - also einen Korridor! Man spürte, dass einflussreiche Militärkreise den Korridor militärisch und politisch für unhaltbar hielten. Bei dieser Sachlage musste zunächst Propaganda für den Korridor in Polen gemacht werden.

Dieser Aufgabe unterzog sich das "Baltische Institut", das Anfang 1926 in Thorn gegründet wurde. Die Leitung hatten zunächst drei Nichtwissenschaftler; ein polnischer Generalkonsul, ein katholischer Geistlicher und der Starosta Krajowy, Landhauptmann von Pommern. In innerpolitischer Hinsicht herrschten die Nationaldemokraten vor, ihre Ideologie bestimmte die Arbeitsweise und Zielsetzung. Der Staatsstreich Pilsudskis machte die bisherige Institutsführung unmöglich, in etwas abgeschwächter Form führte jedoch der begabte Historiker Tye (deutscher Herkunft) die alte Richtung weiter. Sein früher Tod 1927 hatte einen umfassenden Personalwechsel zur Folge. Die Leitung übernahm ein Naturwissenschaftler namens Borowik, dessen organisatorische Begabung sehr bald das Institut an die Spitze der polnischen Propagandaeinrichtung brachte. Josef Borowik ist in Kowno, also in Litauen, geboren, seine Mutter trug den Namen Friedenbergs. Seine Ausbildung erhielt er vor allem in Wilna und in Petersburg, seine Frau - eine bekannte Schriftstellerin (Jerzy Marlicz) - kennt den ganzen Osten bis Japan einschliesslich; die Familie Borowik ist also durchaus "östlich" orientiert. Als Offizier hat er im Osten gekämpft. Seine Überlegenheit über die geistig verkrampten Männer des Westverbandes lehrte ihn sehr bald, dass das gewünschte Ziel mit der bisherigen pommernkundlichen Arbeit nicht erreicht werden konnte. Eine Art "Flucht aus dem Korridor" war notwendig. gelang es, dem Auslande einzureden, dass Polen auf Ostpreussen, auf Pommern, auf Schlesien, ja auf noch mehr ostdeutsche Gebiete begründete Ansprüche habe, so erübrigte sich die so schwierige geistige Verteidigung des Korridors ziemlich, weil dann die Zugehörigkeit dieses alten ostgermanischen Bodens zu Polen eine Selbstverständlichkeit war. Umfangreiche Reisen in Skandinavien und in den baltischen Gebieten schufen die nötigen Verbindungen, so dass 1935 in englischer Sprache die Zeitschrift "Baltic and Scandinavian Countries" erscheinen konnte.

Das Institut hat gerade in den letzten Jahren immer wieder Wert auf die Feststellung gelegt, dass es lediglich eine Organisationszentrale sei, nicht aber eine wissenschaftliche Forschungsstätte. Weder in Thorn noch in Gdingen (wohin die Zentrale 1937 übersiedelte) besteht ein ausreichender wissenschaftlicher Apparat. Die vorhandenen Bibliotheken können sich kaum mit Privatbibliotheken alter Fachgelehrter vergleichen. Das ist jedoch gar nicht nötig. Die mehr als 200 Wissenschaftler im Lande stehen zur Verfügung und übernehmen jeweils das ihnen liegende Thema. Die gestellten Aufgaben sind nicht in erster Linie von wissenschaftlichem Interesse; Politiker, die im Vorstand des Instituts beraten, bestimmen sie. Die Wissenschaft ist also der Politik durchaus untergeordnet, sie liefert die gewünschten Manuskripte, die dann das Institut verlegt. Dies "Verlagssystem" nannte Borowik in dem Sammelband "Kronika o polskiem morzu", das 1930 erschien, "angewandte Wissenschaft". Es unterliegt keinem Zweifel, dass Engländer und Franzosen derartige Methoden als "Vergewaltigung der Wissenschaft durch die Politik" anprangern würden, in Gdingen erlauben es die Engländer und Franzosen, weil sie vermutlich wissen, wie verzweifelt negativ der Ausgangspunkt der ganzen Arbeit des Baltischen Instituts ist. Denn am Anfang steht die Unmöglichkeit des Korridors und die historische Tatsache, dass der Pole nie das Meer geliebt hat.

(dp)

10. Jahrgang Nr. 38

Danzig, den 26. August 1939.

Der Raub Danzigs und das Wilsonsche Programm.
Von Professor Dr. Friedrich Grimm.

Aus der soeben erschienenen Schrift des bekannten Rechtsanwalts Professor Dr. Friedrich Grimm "Frankreich und der Korridor" (Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg, RM. 2.40) veröffentlichen wir nachstehend einen Abschnitt, der in besonders eindeutiger Weise den flagranten Rechtsbruch des Raubes der Stadt Danzig durch die Polen nachweist.

Punkt XIII des Programms, wie es Wilson am 8. Januar 1918 feierlich vor dem Kongress verkündet hatte, lautete folgendermassen: "Ein unabhängiger polnischer Staat soll errichtet werden der die von einer unbestreitbar polnischen Bevölkerung bewohnten Gebiete umfassen soll, denen ein freier und sicherer Zugang zum Meer gewährleistet werden, und dessen politische und ökonomische Unabhängigkeit sowie dessen territoriale Integrität durch internationalen Vertrag garantiert werden wird."

Der Wortlaut verrät deutlich den Zusammenhang mit dem Bericht von Professor Lord vom Anfang des Jahres 1918 und der stenographischen Anmerkung, die Wilson auf diesen Bericht gesetzt hatte.

Durch die Lansingnote vom 5. November 1918, die Deutschland annahm, waren die vierzehn Punkte Wilsons die eigentliche Rechtsgrundlage für den zu schliessenden Frieden geworden. Die Lansingnote stellt einen rechtlich verbindlichen Vorfriedensvertrag dar, durch den sich die Verbündeten und Deutschland verpflichteten, auf Grund der vierzehn Punkte Wilsons den Frieden zu schliessen. Das wird heute auch in den Siegerstaaten von niemandem mehr ernstlich bestritten. Der Punkt XIII von Wilsons Programm ist zwar recht unklar gefasst. Es mag dahingestellt sein, ob dies Absicht war oder blosser Ungeschicklichkeit.

Trotz dieser Unklarheiten kann nicht bezweifelt werden, dass die Bildung der Freien Stadt Danzig und die Errichtung des Korridors quer durch Westpreussen eine flagrante Verletzung des Punktes XIII von Wilsons Programm darstellt. Die Abtrennung dieses deutschen Landes vom Mutterland wurde damit begründet,

dass Wilson in Punkt XIII seines Programms Polen einen freien Zugang zum Meere versprochen hatte. Dass der Zugang zum Meere eine Gebietsabtrennung in sich schliesse, ergibt aber Punkt XIII keineswegs. Die polnische Überseeausfuhr, die zu einem erheblichen Teil auch über Königsberg, Stettin und Hamburg erfolgte, hätte nie eine Zerreissung der natürlichen und geschichtlichen Lebenszusammenhänge zwischen dem Gebiet von Danzig und Ostpreussen einerseits und dem übrigen Deutschland nötig gemacht. Ein Freihafen in Danzig hätte vollkommen genügt. Übrigens betrifft der polnische Überseehandel zum geringsten Teil die Ausfuhrerzeugnisse des eigentlichen polnischen Lebensraumes, sondern weit mehr die oberschlesische Kohle, also die Ausfuhr aus einem Gebiet, das ebenfalls Deutschland in Versailles zu Unrecht geraubt wurde.

An die Korridorlösung hat noch Ende 1918 niemand gedacht, auch die Polen selbst nicht, die sich viel weitere Ziele gesteckt hatten und eine Zuteilung des westpreussischen Korridors ohne gleichzeitige Annexion Ostpreussens als für sie wertlos zurückwiesen, der beste Beweis dafür, dass die Korridorlösung durch die Theorie vom Zugang zum Meere überhaupt nicht gerechtfertigt werden kann.

Noch in seiner Denkschrift vom 8. Oktober 1918 führte Dmowski folgendes aus: "Wenn Ostpreussen deutsch bleiben soll, muss Deutschland auch Westpreussen, d. h. den Korridor von Danzig behalten. Denn für Polen ist der Korridor ohne Wert, wenn es nicht ausserdem Ostpreussen dazu erhält." Wenn man heute diese Ausführungen Dmowskis wieder liest, so versteht man nicht, warum die Rückgabe des Korridors an Deutschland so schwierig sein soll.

Zum Selbstbestimmungsrecht gehört das Recht auf Volksabstimmung. Die Volksbefragung ist die Form, in der in Zweifelsfällen das Recht auf Selbstbestimmung verwirklicht wird. Gerade weil Wilson bei Durchführung des Versprechens des Zuganges zum Meere in Konflikt mit dem Selbstbestimmungsrecht geriet, hätte er eine Volksbefragung in Danzig und in Westpreussen anordnen müssen. Das ist nicht geschehen. Danzig und der Korridor sind gebildet worden, ohne dass man der Bevölkerung dieser Gebiete die Möglichkeit gegeben hätte, ihren Willen kundzugeben.

In Allenstein und Marienwerder sowie in Oberschlesien wurde die Volksabstimmung zugelassen, in Westpreussen und in Danzig nicht. Und doch wäre sie bei der Zusammensetzung der Bevölkerung dieser Gebiete hier nicht minder erforderlich gewesen.

Die Notwendigkeit der Volksabstimmung ergibt sich aber auch aus dem Inhalt des Punktes XIII selbst. Danach sollten Polen nur solche Gebiete zugesprochen werden, die "unbestreitbar" von Polen bewohnt waren. Auf dieses Wort "Unbestreitbar" ist deshalb mit Recht das grösste Gewicht gelegt worden. In den offiziellen amerikanischen Kommentaren, die im Oktober 1918 zu den vierzehn Punkten erschienen, heisst es: "Der Grundsatz, nach welchem die Grenzen bestimmt werden müssen, ist enthalten in dem Wort des Präsidenten "unbestreitbar". Das muss, bevor die Grenzen gezogen werden, eine Volksbefragung, eine unparteiliche Nachprüfung, in sich schliessen."

Danzig ist eine rein deutsche Stadt. Sie war deutsch von ihrer Gründung an. Die ältesten Urkunden beweisen ihren deutschen Ursprung. Es hat in Danzig nie mehr als 3 v.H. Polen gegeben. Aber auch Westpreussen wurde von einer deutschen Mehrheit bewohnt. Nach der Volkszählung von 1910 wohnten in dem Gebiet, das heute der Korridor genannt wird: 569 438 Deutsche, 460 121 Polen, 104 317 Kaschuben und 14 359, die Deutsch und Polnisch als Muttersprache angaben. Man muss aber die Bevölkerung des Gesamtgebietes des ehemaligen Westpreussen, das heute von Deutschland abgetrennt ist, betrachten, d.h., das heutige Korridorgebiet und Danzig zusammen. Dann ergibt sich für 1910 folgender Bevölkerungsstand: 884 719 Deutsche, 469 703 Polen, 106 441 Kaschuben, 17 480 Doppelsprachige.

Deutschland hatte in der Note zu den Friedensbedingungen energisch gegen die Abtretung von Danzig protestiert. Eine derartige Abtretung sei in vollem Widerspruch zu allen Zusicherungen, die der Präsident Wilson gegeben habe. Der Versuch, aus Danzig eine freie Stadt zu machen, würde im Osten einen ständigen Kriegszustand schaffen. Die Antwortnote der Verbündeten vom 16. Juni 1919 wusste den deutschen Protest in keiner Weise zu entkräften. Sie bestritt den deutschen Charakter Danzigs nicht einmal. Sie behauptete lediglich: "Danzig werde von Deutschland abgetrennt, weil es kein anderes geeignetes Mittel gab, Polen den freien und sicheren Zugang zum Meere zu gewähren, den Deutschland ihm abzutreten versprochen hatte." Hier taucht zum ersten Male das Wort "ceder", d.h. "abtreten",

auf, das sich in den Vorverhandlungen und im Punkt XIII nirgends befindet. Natürlich gab es ein "anderes geeignetes Mittel, Polen den freien und sicheren Zugang zum Meere zu gewähren." Dieses Mittel hatte Wilson selbst aufgezeigt. Es war sogar zum verbindlichen Vertragsinhalt geworden und hiess: Neutralisierung der Weichsel und Freihafen in Danzig.

So hatte also die Gewalt über das Recht gesiegt. Es waren allein machtpolitische, strategische Gesichtspunkte des französischen Sicherheits- oder Einkreisungssystems, die zur Bildung des Korridors und Danzigs geführt haben. Wilson selbst hat es in der berühmten Sitzung der amerikanischen Friedensdelegation im Hotel Crillon in Paris vom 3. Juni 1919 erklärt: "Aus strategischen Erwägungen empfohlen unsere polnischen Sachverständigen einen Korridor, der bis Danzig reicht, und dieser schliesst einige sehr einheitliche Gruppen deutscher Bevölkerung ein." (dp).

10. Jahrgang Nr. 38

Danzig, den 26. August 1939

"Polen die wirkliche Gefahr für den europäischen Frieden".

England warnt vor Bindungen im Osten.

Der ehemalige englische Premierminister David Lloyd George gehört zu denjenigen Persönlichkeiten der englischen Opposition, die die Regierung Chamberlain in das polnische Abenteuer hineingepeitscht haben. Er ist heute ein erbitterter Gegner Deutschlands und nur diese blinde Feindschaft erklärt es, wenn er wider besseres Wissen seinem Land eine Politik empfiehlt, die er in früheren Zeiten mit Leidenschaft abgelehnt hat.

Am 24. März 1925 stand im englischen Unterhaus das sog. Genfer Protokoll zur Aussprache. Dieses Protokoll, erfunden von Frankreich für Aufrechterhaltung des status quo, hätte England zur Garantie der Grenzen, zur kriegerischen Einmischung in sämtliche Streitigkeiten Mittel- und Osteuropas verpflichtet. Das englische Unterhaus lehnte zusammen mit seiner Regierung dieses Instrument erstens wegen dieser unabsehbaren Bindungen und Verpflichtungen, zweitens wegen seiner Anwendung auf europäische Gebiete ab, die abseits der englischen Lebensinteressen lagen,

"Die Grenzen in Osteuropa beben von Störungen vom Bosporus bis zum Baltikum", so begann Lloyd George im Unterhaus seine Warnung! "Jede europäische Grenze ist mit roter Farbe in die Landkarte eingetragen, aber die Grenzen von Mittel- und Osteuropa haben ein tieferes Rot als alle anderen. Keine von ihnen, um die nicht durch Jahrhunderte gekämpft worden wäre. Dort wird es immer ein Erobern und Zurückerobern geben, denn dort ist ein Durcheinander der Rassen und ein allgemeines undurchdringliches Gemisch von Völkern, wie jeder weiß, der damals versucht hat, zu entscheiden, ob ein bestimmtes Gebiet dem einem oder dem anderen gehört. Damit sind rassische und religiöse Gegensätze wie nirgends in der Welt verbunden. Alle diese Fragen sind geeignet, einen Krieg hervorzurufen. Das ist die Lage in Osteuropa".

Das englische Volk und mit ihm das deutsche, das mit England in Frieden und Freundschaft zu leben wünscht, muß heute feststellen, daß sich die Regierung Chamberlain bis zum Hals in dieses osteuropäische Gewirr verstrickt und, was noch in der Geschichte keiner

Großmacht vorgekommen ist, dem gefährlichsten Träger dieser osteuropäischen Kriegsmöglichkeiten, Polen, carte blanche gegeben hat.

Im Mittelpunkt der osteuropäischen Kriegsmöglichkeiten sieht Lloyd George Polen: "Die Tschechoslowakei hat beim Entwurf des Genfer Protokolls eine leitende Stellung gehabt. Sie tut alles, was Frankreich von ihr verlangt. Der Schlimmste aber von allen ist Polen. Polen bedauert, dass das Genfer Protokoll von England nicht anerkannt wurde. Was aber ist da drüben passiert? Elsaß-Lothringen hat den letzten Krieg in Europa hervorgerufen. Polen hat folgende Elsaß-Lothringen: Ostgalizien, Weißrußland, Wilna, den Korridor und Schlesien. Aber noch ist es nicht zufrieden. Es will als sechstes Elsaß-Lothringen Danzig hinzufügen. Im Augenblick erobert es Danzig durch Maueranschläge. Aber das ist nur der Anfang."

Auf einen Einwand des damaligen Außenministers, Sir Austen Chamberlain, dass er Polen zu hart beurteile, erwiderte Lloyd George: "Will der sehr ehrenwerte Herr vielleicht leugnen, daß Polen das Wilnagebiet trotz des Protestes des Völkerbundes annektiert hat, daß es Galizien annektiert hat, trotz des Einspruchs des Obersten Rates, weit jenseits der völkischen Linie, die der Oberste Rat gezogen hat und wo die Mehrheit der Bevölkerung aus Russen besteht? Will er behaupten, daß die Entscheidung über Oberschlesien eine solche ist, für die er bereit wäre, einen Krieg zu führen, um sie aufrechtzuerhalten? Ich möchte wirklich wissen, welche meiner Feststellungen er zu beanstanden hat. Was Danzig anbetrifft, so weiß Sir Austen sehr wohl, daß Polen mit Bezug auf die Fragen der Danziger Postverwaltung trotz der Entscheidung des englischen Kommissars, der den Völkerbund vertritt, seine Politik weiter verfolgt und die Entscheidung des Völkerbundes nicht angenommen hat."

Es ist erschütternd zu lesen, mit welcher prophetischen Worten Lloyd George damals das englische Volk vor dem Verbündeten von heute warnte: "Die wirkliche Gefahr für den europäischen Frieden, so fuhr er fort, ist die Tatsache, daß sich von den 27 Millionen Menschen in Polen 9 Millionen Russen, Litauer, Ukrainer und Deutsche - durch die Gewalt der Waffen heute in Polen befinden, die meisten von ihnen trotz des Einspruchs des Völkerbundes und des Obersten Rates. Bildet sich etwa irgendjemand ein, daß dieser Zustand von Rußland und Deutschland, wenn diese beide wieder zur Macht gekommen sind, akzeptiert werden wird? Wenn aber dieser Augenblick kommt, was wird die englische Stellung sein? Ich hoffe, daß wir niemals den Gedanken der Schiedsgerichtsbarkeit auf

diese mit Explosivstoffen geladenen Verträge in Osteuropa und auf die Anerkennung dieser polnischen Annexion gründen werden."

In der gleichen Unterhausitzung gab auch der konservative Abgeordnete, Kapitän Cazalet, heute noch ein Freund Polens, zu, daß die Westgrenzen Polens so nicht bleiben könnten. Er schlug daher vor, daß Polen, solange es noch in Europa populär sei, sich mit seinen westlichen Nachbarn unter Bedingungen verständigen solle, die die Kränkungen Deutschlands mildern und die nationale Sicherheit Polens nicht gefährden würden. Er sei überzeugt, daß eine Verständigung zwischen Deutschland und Polen möglich sei, ohne zu große Opfer an Würde oder Gebieten zu fordern.

Auch der Abgeordnete Herbert Fisher warnte vor Bindungen im Osten: "Ich glaube nicht, daß sich das englische Volk jemals dazu bereit finden wird, die osteuropäische Regelung zu unterschreiben. Es wird immer antworten: wir sind nicht verantwortlich für die Ostpolitik und wir können nicht eine Grenzregelung unterschreiben, die durch Fehler oder Irrtümer der Politik jederzeit den Frieden stören kann. Auf jeden Fall sind unsere Interessen von dort zu weit entfernt, um auf dem Spiel zu stehen. Aus diesen Gründen möchte ich alle bitten, zu bedenken, daß hier etwas verlangt wird, was darauf ausgeht, England auf Verpflichtungen festzulegen, die die englische Öffentlichkeit niemals wirklich einnehmen wird."

Was Lloyd George vor 14 Jahren prophezeit hat, ist eingetreten. Deutschland ist wieder zur Macht gekommen und fordert mit Fug und Recht eine Wiedergutmachung wenigstens der schlimmsten Kränkungen, die ihm Polen angetan hat. Die osteuropäischen Verhältnisse liegen auch heute noch weit ab von den englischen Lebensinteressen. Sie bedürfen der Neuordnung und Berichtigung. Immer noch ist Polen der Träger jenes halben Dutzend von Elsaß-Lothringen, von denen Lloyd George sprach. Immer noch ist es nicht befriedigt und formuliert neue Kriegsziele. Nichts, was seither geschehen ist, kann ausreichen, um das damalige Urteil der Engländer über die Unhaltbarkeit der polnischen Zustände so radikal zu ändern, daß England die Entscheidung über Krieg und Frieden in polnische Hände legt. Nur der britische Wille, den polnischen Gefahrenherd als Kriegsgrund zu benutzen, vermag in den Augen Europas die verantwortungslose Haltung Englands zu erklären. (dp)

10. Jahrgang Nr. 38

Danzig, den 26. August 1939.

Polen bedroht die dänische Schifffahrt.

In der dänischen Zeitung "Kritisk Ugeretue", die sich besonders der Handelschifffahrt und staatspolitischen Fragen widmet, finden wir einen Artikel des Mitarbeiters "Navy" unter der Überschrift: "Der polnische Korridor steht im Gegensatz zu den wirtschaftlichen Interessen Dänemarks". "Polen baut seine Schifffahrt auf Kosten Dänemarks auf", heisst es in der Unterüberschrift und im Text lesen wir:

Wenn sich in Dänemark eine Gruppe von Menschen, die ihren künstlich erzeugten und dummen Deutschenhass wie einen kostbaren Schatz pflegen, sich im Stillen darüber freuen, dass durch die Einkreisungspolitik und die Kriegsdrohungen Deutschland scheinbar gezwungen wird, auch in Zukunft rein deutsches Land durch den polnischen Korridor zerrissen zu sehen, dann ist es eine sehr zweifelhafte Freude. Wenn diese Menschen sich etwas besinnen würden, würden sie zu ihrem Erschrecken entdecken, dass dieser künstliche Korridor und die sogenannte polnische "Küste" durchaus nicht von Polen bevölkert ist und dass dieses künstliche politische Gebilde eigentlich weit schädlicher für Dänemark als für Deutschland ist.

Fragen wir bloss einmal die dänische Schifffahrt. Am nächstliegenden ist da das Beispiel von der polnischen Amerikalinie, die die alte ehrwürdige dänische Amerikalinie auskonkurriert hat. Als die dänische "Ostasiatische Kompanie", lange vor dem Weltkrieg ihre alten Passagierdampfer für Emigrantentransporte zwischen Danzig und Amerika einsetzte, gab es noch kein Polen, aber genügend Menschen polnischer Nationalität. Als nach dem Kriege ein selbständiges Polen entstand, wurde mit Hilfe dieser alten Ö.K.-Schiffe eine polnische Dampfschiffahrtsgesellschaft gegründet, die vom polnischen Staat sehr grosse Zuschüsse erhielt, denn Polen liess sich seine, durch den unglückseligen Korridor geweckten maritimen Aspirationen gern etwas kosten. Und jetzt haben wir das umgekehrte Verhältnis, dass eine ausgesprochene Agrarnation, die niemals etwas mit der See zu tun hat, jetzt die dänischen Emigranten, die wir

eigenen Booten seinerzeit nach Amerika verschifft haben, unter polnischer Flagge ins alte Land zurückbringt. Polen lässt sich auch dies etwas kosten, und nimmt unseren Landsleuten den Verdienst aus der Tasche. Ausser der Nordamerikalinie hat Polen nunmehr auch eine Südamerikalinie mit grossen neuen Schiffen eingerichtet. -Alles auf Kosten der dänischen Schifffahrt !

Es ist vielleicht wahr, dass Danzig und die Korridor-Frage für Deutschland eine nationale Ehrensache geworden ist. Ein grosses und starkes Volk, das in vier Jahren gegen eine ganze Welt gekämpft hat, ohne in Wirklichkeit jemals besiegt zu werden, kann es nicht hinnehmen, dass ein Volk wie das polnische, das nur 20 Jahre lang selbständig gewesen ist, Deutschland seinen Willen aufzwingen und deutsches Land besetzt halten kann. Aber so wahr wie dieses ist es auch, dass man mit unwahren Behauptungen den Korridor als eine absolute Lebensbedingung für Polen hinstellt, und ebenso verlogen ist die Begründung, dass Polen deswegen die Mündung des Weichselflusses beherrschen oder sie zum mindesten in den Händen eines neutralen Freistaates wissen muss. Durch mehrere Jahrhunderte hindurch ist ein grosser Teil des deutschen Handels über die Häfen Antwerpen, Amsterdam und Rotterdam verschifft worden, ohne dass Deutschland die Mündungen dieser Flüsse, die ja zum grössten Teil durch deutsches Gebiet fliessen, jemals für sich beansprucht hätte. Dennoch ist der Handel reibungslos vor sich gegangen, da ja die entsprechenden Nationen selber den grössten Vorteil davon hatten, Deutschland gute Bedingungen zu bieten. Auch gibt es in anderen Ländern und Weltteilen Beispiele genug, wo die Flussmündung von einer anderen Nation beherrscht wird als die, durch dessen Gebiet der Strom zur Hauptsache läuft. Wir haben gesehen, wie Polen eine eigene Schifffahrt aufbaut, die mit den grossen Linien über den Atlantischen Ozean anfangt, und immer mehr ausgebaut wird, wobei Polen mit seinen 30 Millionen Einwohnern, seiner winzigen Küste und seinem eigenen Hafen seinen Schifffahrtsgesellschaften grösste Unterstützung zugute kommen lässt. -Die Menschen also, die sich innerlich diebisch freuen, wenn man Deutschland den Stuhl vor die Türe setzen würde, sollten sich überlegen, dass man damit auch die Türe für die dänische Schifffahrt zuschlagen würde.

Wir haben den Polen Häfen gebaut, haben Schiffe für sie gebaut, haben ihnen das Segeln und Verfrachten beigebracht und haben getan, was andere sonst gemacht hätten. Aber auf lange Sicht gemessen würden wir, rein egoistisch gedacht, weit mehr verdient haben, wenn der Korridor nicht bestünde, und das weitaus natürlichste würde es auch sein, wenn wir, als alte Seefahrernation, für die Polen die Seefahrt übernehmen würden, anstatt dass sie jetzt uns fahren.

Dies nur den Leuten zur Überlegung, die immer noch glauben, die ganze Sache ginge uns nichts an und dass wir immer noch von den gross-politischen Konflikten unberührt seien und unser beschauliches Dasein weiterführen können."

10. Jahrgang Nr. 38

Danzig, den 26. August 1939

Der Deutsche im Osten.

Monatschrift für Kultur, Politik und Unterhaltung.

Das dritte Sonderheft der führenden Zeitschrift des Ostens ist dem Thema "Oberschlesien - Polen - Danzig" gewidmet. Es wird eingeleitet durch einen Artikel "Start zum letzten Vernichtungskampf", der in erschütternder Weise die Tragödie der deutschen Volksgruppe in Polen beleuchtet. Die polnischen Insurgentenkämpfe in Oberschlesien schildert Heinz Weber-Kattowitz in einem mit vielen Abbildungen erläuterten fesselnden Artikel, dem noch eine persönliche Charakteristik des jüngst verstorbenen Korfanty beigegeben ist. Edgar Sommer behandelt Polens katastrophenreiche Volkswirtschaft. Detlef Krannhals gibt eine Zusammenfassung der Forschungsergebnisse über das Thema "Die Weichsel eine deutsche Kulturleistung". In der Reihe der Städte im Osten schreibt Dr. Franz Lüdtko über Bromberg. An literarischen und feuilletonistischen Beiträgen ist auch dieses Heft ebenso reich wie an politischen Betrachtungen. Professor Heinz Kindermann steuert einen Beitrag bei "Die Danziger Barockdichtung". Wolfgang Federau gibt zur 300. Wiederkehr des Todestages Martin Opitz' eine Würdigung des schlesischen Dichters und Sprachgestalters, dessen Grabstätte in Danzig liegt. Beiträge in dichterischer Form finden wir von Sigismund Banek, Peter Barth, Theodor Lüddecke. Eine sehr wertvolle Ergänzung des Textes bildet das reichhaltige Material an Fotos aus der Zeit der ober-schlesischen Abstimmungskämpfe.

Auch dieses Heft bringt eine sachlich fundierte und überzeugungsstarke Betrachtung der Probleme des Ostens, die heute im Mittelpunkt des Weltinteresses stehen. Das Sonderheft verdient ebenso wie die beiden bisher erschienenen stärkste Beachtung. (dp)

M. B.